



17. Mai 2019

MEXIKO: ERSTER BEKANNTER TOD EINES KINDES IN MEXIKANISCHER MIGRATIONSHAFT UNTER DEM NEUEN PRÄSIDENTEN DEUTET AUF UNHEIMLICHE PARALLELEN ZUR US- POLITIK HIN

Pressemitteilung

Der erste bekannte Tod eines Kindes, das von den mexikanischen Migrationsbehörden in der Amtszeit des derzeitigen Präsidenten festgehalten wurde, ist eine abscheuliche Tragödie, die Antworten von einer Regierung verlangt, die versprochen hat, gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen humaner zu sein, sagte Amnesty International heute.

"In einer Zeit, in der Kinder in der Migrationshaft der Vereinigten Staaten auf der anderen Seite der Grenze sterben, führt die Regierung von Präsident López Obrador Razzien gegen MigrantInnen und Flüchtlinge durch, deren Ergebnis ein leichtfertiger Umgang mit Menschenleben ist. Dies deutet auf eine alarmierende Parallele zum derzeitigen Ansatz der Trump-Regierung hin", sagte Erika Guevara-Rosas, Americas Director bei Amnesty International.

Am 16. Mai gab das Nationale Migrationsinstitut (INM) Mexikos bekannt, dass ein 10-jähriges guatemaltekisches Mädchen im Krankenhaus starb, wohin sie nach ihrer Ankunft im Migrationsgefängnis von Mexiko-Stadt in Begleitung ihrer Mutter zwei Tage zuvor verlegt worden war und über Halsschmerzen klagte. Die INM hatte sie mit dem Bus aus dem nördlichen Grenzstaat Chihuahua zurückgebracht, eine Reise von fast 20 Stunden.

Amnesty International hat ausführlich dokumentiert, mit welchen schwerwiegenden Risiken MigrantInnen und Asylsuchende aufgrund der Politik der USA und mit der Zustimmung Mexikos bereits entlang der US-mexikanischen Grenze konfrontiert sind. Die US-Regierung ihrerseits hatte am 29. Januar mit der Durchsetzung der Richtlinie "Verbleib in Mexiko" begonnen, auch bekannt als "MigrantInnen-Schutzprotokolle". Die US-Behörden sicken aufgrund dieser Richtlinie Tausende von Asylsuchenden gewaltsam nach Mexiko zurück, während sie auf die endgültige Entscheidung über ihre Asylanträge in den USA warten. Diese Politik verstößt gegen das internationale Flüchtlingsrecht. Die mexikanische Regierung hat sich nicht geweigert, mit dieser Politik zusammenzuarbeiten.

Hunderte von Menschen, die immer noch in Mexiko auf ihre Gerichtsverhandlungen in den Vereinigten Staaten über ihr Asylverfahren warten, stecken in einer rechtlichen Grauzone fest - und in potenziell gefährlichen Situationen. Chihuahua ist einer der Staaten, in denen



Hunderte von Asylsuchenden aufgrund dieser Richtlinie gezwungen sind zu warten. Zusätzlich zur "Verbleib in Mexiko"-Richtlinie zwingen die US-amerikanischen und mexikanischen Behörden Asylsuchende auch, wochen- oder monatelang auf einer illegalen Warteliste für Asyl zu stehen, bevor sie Schutz beantragen können, was einige von ihnen nach eigener Aussage in Gefahr gebracht hat.

Im April 2019 traf sich Amnesty International mit mexikanischen Kommunal-, Staats- und Bundesbehörden in Tijuana und Ciudad Juárez, die bestätigten, dass die mexikanische Regierung keine nennenswerten Mittel oder koordinierten Hilfsmaßnahmen für die Tausenden von Asylsuchenden, die nach Mexiko zurückgebracht wurden, bereitgestellt hat. Grenzgebiete im Bundesstaat Chihuahua wie zum Beispiel Ciudad Juárez haben derzeit einen hohen Zulauf von MigrantInnen und Asylsuchenden, ohne dass die mexikanischen Behörden wesentliche zusätzliche Mittel für eine angemessene Unterbringung und Pflege bereitstellen.

Das INM ist dafür verantwortlich, darüber zu informieren, ob dieses 10-jährige Mädchen von mexikanischen Migrationspolizisten in diesem Grenzgebiet festgenommen worden war, sowie über andere Umstände ihrer Inhaftierung, die schließlich mit ihrem Tod endeten.

Nach Angaben der mexikanischen Regierung wurden zwischen Januar und März 2019 31.675 AusländerInnen in Migrationsgefängnisse gebracht, darunter 8.569 Kinder unter 18 Jahren. Im gleichen Zeitraum haben die mexikanischen Behörden 22.614 Menschen in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, von denen 5.997 unter 18 Jahre alt waren.

Die mexikanischen Gesetze über die Rechte von Kindern verbieten es den Behörden ausdrücklich, Kinder in Migrationsgefängnissen festzuhalten. Dennoch hält das INM jährlich Tausende von Kindern fest. Die Mehrheit kommt aus mittelamerikanischen Ländern wie Honduras, El Salvador und Guatemala, die in den letzten Jahren ein hohes Maß an Gewalt erlebt haben, das viele Menschen dazu gezwungen hat, auf der Suche nach Schutz ihre Heimatländer zu verlassen.

Nach den Informationen, die Amnesty International in den letzten fünf bis zehn Jahren vorliegen, ist der Tod von Kindern in Einwanderungshaft in Mexiko äußerst selten.

Weitere Informationen:

Mexico: Open letter to President López Obrador 100 Days after the beginning of his government (News, March 2019):

<https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR4199962019ENGLISH.pdf>

USA: Government must stop illegal pushbacks of asylum seekers to Mexico (News, 11 April 2019):

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/04/usa-government-must-stop-illegal-pushbacks-of-asylum-seekers-to-mexico/>

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

Mexico: First known child death in Mexican migration custody under new president suggests eerie parallels with US policy

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/05/mexico-primera-muerte-menor-custodia-autoridades-migracion-mexicana/>

